

# Niederschrift

## JHA/029/2025

über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfe- und  
Schulausschusses der Stadt Rheine  
am 20.03.2025

Die heutige gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfe- und Schulausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 16:30 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

### Anwesend als

*Jugendhilfeausschuss:*

#### Vorsitzender:

Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
--------------------	-----	---------------------------

#### Mitglieder:

Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Herr André Heeke	FDP	Sachkundiger Bürger
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Frau Antonia Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Max Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Herr Winfried Hülsbusch		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

#### beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Emine Dursun	SPD	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat
Frau Mona Gedicke		Interessensvertreterin Jugendteam
Frau Nina Jansen		Sachkundige Einwohnerin f. Beirat f. Menschen mit Behinderung
Frau Claudia Raneberg		Ausschussmitglied f. Evangelische Kirche

Frau Sabine Schillack

Ausschussmitglied f. Schulen

**Verwaltung:**

Herr Raimund Gausmann

Beigeordneter

Frau Annette Wiggers

Jugendamtsleiterin

Frau Andrea Atrott

Schriftführerin

*Schulausschuss:*

**Vorsitzender:**

Herr Stefan Gude

CDU

Ratsmitglied/Vorsitzender

**Mitglieder:**

Frau Marlen Achterkamp

CDU

Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzende

Herr Marco Ferenz

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

Sachkundiger Bürger

Frau Janine Heile

FDP

Ratsmitglied

Herr Jens Krage

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ratsmitglied

Frau Claudia Kuhnert

fraktionslos

Ratsmitglied

Frau Ulrike Stockel

SPD

Sachkundige Bürgerin

Frau Helena Willers

CDU

Ratsmitglied (ab 16:50 Uhr - TOP 3)

Herr Josef Wilp

CDU

Sachkundiger Bürger

**beratende Sachkundige Einwohner:**

Frau Doris Hasenkamp-Jakob

Ausschussmitglied Vertreter der kath. Kirche

Frau Dorit Tönjes

Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat

Frau Samantha Nüße

Sprecherin der Stadtschulpflegschaft

**Vertreter:**

Herr Alexander Breulmann

SPD

Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Lars Wever

Frau Maja Dirks

CDU

Sachkundige Bürgerin Vertretung für Herrn Markus Tappe

Frau Verena Kaisel	CDU	Sachkundige Bürgerin Vertretung für Herrn Sascha Drescher
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzende
Herr Günter Maaß	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Frau Melanie Ehrhardt
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger

**Gäste:**

Frau Sandra Matzelle		Sprecherin der Stadtschulleiterkonferenz
Frau Beatrix Meyer		Sprecherin der Grundschulen

**Verwaltung:**

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke		Leiterin Fachbereich 8
Frau Jana Droste		Koordination Schulsozialarbeit
Frau Diana Möllers		Koordination Schulsozialarbeit
Frau Marica Mrozek		Schulverwaltung

**Entschuldigt fehlen:**

*Jugendhilfeausschuss:*

**Mitglieder:**

Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzende
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Petra Fettich		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

**beratende Mitglieder:**

Herr Christian Evers	BfR	Sachkundiger Bürger
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Carla Zachey		AG 78

**beratende Sachkundige Einwohner:**

Herr Domenico Bellinvia		Ausschussmitglied f. Katho- lische Kirche
Frau Andrea Bischoff		Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat
Frau Andrea Gehring		Ausschussmitglied f. Ar- beitsverwaltung
Herr Stefan Heskamp		Ausschussmitglied f. Polizei
Herr Jörg Langhans		Ausschussmitglied f. Rich- ter
Frau Cosima Rottmann		Jugendamtselternbeirat

*Schulausschuss:*

**Mitglieder:**

Herr Sascha Drescher	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied
Herr Heinz-Jürgen Jansen	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied
Herr André Schaper	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vor- sitzender
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied
Herr Lars Wever	SPD	Sachkundiger Bürger

**beratende Sachkundige Einwohner:**

Frau Alina Brinkmann		Stadtschüler/- innenvertretung
Frau Emine Dursun	SPD	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat

**Vertreter:**

Herr Tobias Frönd		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
-------------------	--	---

Herr Fühner und Herr Gude eröffnen die heutige gemeinsame Sitzung des Jugendhilfe- und Schulausschusses der Stadt Rheine.

Anschließend leitet Herr Fühner zu einer Gedenkminute für das verstorbene Ratsmitglied Eckhard Rohloff über. Er betont die Bedeutung Herrn Rohloffs langjähriger politischer Arbeit und spricht ihm posthum seinen Dank aus.

Herr Gausmann informiert über die Nutzung eines KI-Tools zur Erstellung der Niederschrift.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

## **Öffentlicher Teil**

### **1. Informationen der Verwaltung**

Es gibt keine Informationen der Verwaltung.

### **2. Einwohnerfragestunde**

Bürger 1 fragt, ob die Angabe in der Vorlage 044/25, dass die Bewerber/-innen anerkannte Träger der Jugendhilfe gemäß § 6 Abs. 1 KiBiz sein müssen, korrekt sei, da die Anerkennung als Träger nicht im KiBiz, sondern im Kinder- und Jugendhilfegesetz geregelt werde. Zudem fragt er, warum die OGS-Vergabe mit der für Kindertageseinrichtungen gleichgestellt werde und in welchem Erlass dieses verankert sei.

Bürger 2 äußert, dass der beauftragte Träger Erfahrungen als Träger einer Kindertagesstätte haben müsse, sei im Sozialgesetzbuch § 24 nicht verankert worden, und er möchte wissen, wo das stehe. Er führt fort, dass dieses viele Mitglieder der Jugend- und Wohlfahrtsverbände, die Träger in der Jugendhilfe seien, in einen geringeren Bewerberstatus setze. Zudem kommentiert er, dass der TV Mesum seit 2006 das Kriterium als Träger des Offenen Ganztages erfülle und durchgängig durch die Stadt Rheine als Träger im Ganztage beauftragt worden sei. Er fragt, warum diesem Träger ein Bestandschutz eingeräumt werde, obwohl dieser keine Trägerschaft einer Kindertageseinrichtung vorweisen könne und somit alle drei Träger die Voraussetzungen zu gleichen Teilen erfüllen würden. Er fragt zudem, warum der Punkt 1.2 in der Bewerbermatrix mit einem Faktor 3 in die Gewichtung falle, und kommentiert, dass das andere Träger bevorteile.

Herr Gausmann antwortet auf die erste Frage, dass sich der § 6 Abs. 1 KiBiz auf den § 75 SGB VIII beziehe und somit inhaltsgleich sei.

Auf die weiteren Fragen antwortet er, dass die Gesamtverantwortung im Rahmen der Ausgestaltung der Leistungen nach dem § 79 SGB VIII dem öffentlichen Träger der Jugendhilfe obliege. Es sei nicht im KiBiz regelt, sondern im § 78 SGB VIII, dass der Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit dem Träger der freien Jugendhilfe auf eine gemeinsame Erledigung der Aufgabe hinwirken solle. Von daher sei ein Kriterienkatalog abgebildet worden, der sich an den gesetzlichen Rahmenbedingungen nach § 79 SGB VIII orientiere. Dieser sei an die Ausschreibungstexte für OGS-Trägerschaften der letzten Jahre angelehnt worden, wobei einige Kriterien verändert worden seien, die sich im Rechtsanspruch von dem Gesamtverantwortungsbereich der öffentlichen Träger der Jugendhilfe unterscheiden würden. Der Erlass regle nur, dass es derzeit keine Notwendigkeit gebe, an dem jetzigen Status quo eine Veränderung vorzunehmen. Die vertragliche Regelung unter schulgesetzlichen Bedingungen laufe in absehbarer Zeit aus und solle vorzeitig

auf die Qualitätsmerkmale der Jugendhilfe umgestellt werden. Deshalb sei die Angabe „Erfahrung als Träger der Kindertagesbetreuung nach § 24 SGB VIII“ mit der Vorlage verknüpft und mit 3 Punkten gewichtet worden. Er führt weiter aus, dass er unter dem TOP 3 gleich vorschlagen werde, den Passus § 24 SGB VIII durch § 75 SGB VIII zu ersetzen. Er kommuniziert einige sich daraus ergebende Veränderungen und fügt hinzu, dass sich folglich jeder nach § 75 SGB VIII anerkannte Träger darauf bewerben könne und es keiner Sonderregelung für den TV Mesum mehr bedürfe.

Bürger 1 äußert, dass die Darstellung der Paragraphen für Nicht-Juristen schwer verständlich sei und er sich eine anschaulichere Darstellung gewünscht hätte.

Herr Gude spricht das Verfahren an und äußert, dass mit verschiedenen Organisationen und Vereinen zu dem Thema Diskussionen geführt worden seien. Er kommentiert, dass die Verwaltung in der Einführung zur Vorlage für weitere Klarheit sorgen werde.

### **3. Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung: Grundsatzbeschluss Interessensbekundungsverfahren inklusive Bewertungsmatrix Vorlage: 044/25**

Herr Gausmann bezieht sich auf seine Informationen aus der Einwohnerfragestunde und äußert, dass es vom Vorsitzenden des Stadtsportverbandes eine Intervention gegeben habe, nicht den § 75 SGB VIII, sondern den § 24 SGB VIII zu verwenden. Der § 24 sei der Kita-Paragraph, der § 75 sei der Paragraph, wonach ein Träger der öffentlichen Jugendhilfe anerkannt werde. Dort gebe es aus dem Jahr 1991 die Sonderregelung, dass alle vorher anerkannten Sportvereine ihre Anerkennung behalten würden. Zum 1. August 2026 werde die Verwaltung als öffentlicher Träger der Jugendhilfe die Gesamtverantwortung für die Erfüllung der Aufgaben im Bereich der Jugendhilfe abbilden müssen. Als Kommune werde die Stadt Rheine mit ihrem Jugendamt Rechtsanspruchsträger für die Betreuung im Grundschulbereich, aufbauend ab Klasse 1. In dem Rahmen habe die Verwaltung, angelehnt an dem alten OGS-Katalog, den Kriterienkatalog für das Interessensbekundungsverfahren nach § 79 SGB VIII entwickelt. Die Verwaltung habe den § 6 KiBiz mit einer 3er Bepunktung in die Vorlage aufgenommen, da er sich auf den § 24 beziehe. Der § 6 Abs. 1 KiBiz könnte durch den § 75 SGB VIII ersetzt werden, da sie inhaltsgleich seien. Er geht zudem auf die §§ 45 und 47 SGB VIII, Betriebserlaubnispflicht und Meldepflichten, ein.

Zum Abschluss äußert Herr Gausmann den Vorschlag, dass der Punkt 1.2 „Erfahrungen und professionelle Strukturen als Träger der Kindertagesbetreuung (§ 24 SGB VIII)“ herausgenommen und durch den § 75 SGB VIII als Grundvoraussetzung ersetzt werde. Ebenfalls würden die Punkte 1.3 ff durch die nachfolgenden Punkte mit einer 3er Bepunktung ersetzt:

- Erfahrung konzeptionelle Erarbeitung eines kindlichen Sprachförder- und Entwicklungskonzeptes
- Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes für inklusive Erziehung und Bildung
- Konzept für Elternarbeit im Kontext Übergang zur Vor-/Nachmittagsbetreuung“
- Entwicklung eines Kinderschutzkonzeptes nach § 8 a SGB VIII

Herr Gude betont die Bedeutung von Qualität und Kontinuität in der Vergangenheit und kommentiert, dass die Veränderungen bei den Kriterien, die Ausweitung des Bewerberkreises auf die freien Träger der Jugendhilfe, ohne Sonderregeln zu benötigen, und die Aufhebung des Bestandschutzes für etablierte Träger eine transparente Bewerbung ermöglichen würden.

Herr Krage kommentiert, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von unterschiedlichen Qualitäten bei der Mittagsverpflegung in der OGS erfahren habe, und äußert die Sorge, ob die vorgesehene Bepunktung ausreiche, um einen guten Standard der Mittagsverpflegung in Schulen sicherzustellen.

Herr Gausmann erwidert, dass dieses bei einer Sammelverpflegung, egal ob in einer Senioreneinrichtung, Kita oder OGS, eine Problematik sei. Die Verantwortung für das Catering werde an die Träger des offenen Ganztages übergehen, um über eine direktere Kommunikation zwischen den Kindern und den Caterern eine Verbesserung der Verpflegung zu erreichen.

Frau Stockel fragt, ob es eine Entwicklung bezüglich der Anfrage zur Mittagsverpflegung im Bereich der Übermittagbetreuung gebe.

Frau Gehrke antwortet, dass die Verwaltung nach Möglichkeiten suche und gleich im Schulausschuss ein paar Hintergründe erläutern werde.

Frau Achterkamp äußert, dass die CDU-Fraktion die Veränderung in der Matrix positiv bewerte, da Sprachförderung, Inklusion und Elternarbeit in den Fokus genommen würden.

Herr Richter kommentiert, dass er die Veränderung ebenfalls für gut halte, weil die Sonderregelung zum Bestandschutz wegfallen werde und es ein transparentes und allgemeingültiges Verfahren werde. Er fragt, ob der Punkt 1.5 „Kinderschutz“ wegfalle oder in einem der Punkte 1.1 bis 1.4 aufgenommen werde und ob es eine Gesamtgewichtung mit 3 Punkten oder je eine 3er Gewichtung geben werde.

Auf die Frage von Herrn Richter bestätigt Herr Gausmann, dass jeder der 4 Unterpunkte eine Gewichtung von 3 Punkte erhalten solle.

Herr Gausmann schlägt vor, den Beschlussvorschlag um einen Punkt zu ergänzen (*siehe Beschluss Nr. 2*).

Herr Gude fasst zusammen, dass der Beschlussvorschlag mit den heute besprochenen Ergänzungen geändert werde: Öffnung des möglichen Bewerberkreises, Anpassung des Bewertungskataloges und Gesprächseinladung der bewährten Träger.

#### **Geänderter Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss und der Schulausschuss stimmen dem Interessensbekundungsverfahren inklusive Bewertungskriterien mit den heute besprochenen Veränderungen zur Vergabe der Betreuungs- und Cateringleistungen an den Rheiner Grundschulen mit Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen zum Schuljahr 2026/2027 zu und beauftragen die Verwaltung mit der Umsetzung des Verfahrens.
2. Der Jugendhilfeausschuss und der Schulausschuss beauftragen die Verwaltung, erneut mit den drei vor Ort tätigen OGS-Trägern ein Gespräch zu führen, bevor das Interessensbekundungsverfahren gestartet wird.

#### *Jugendhilfeausschuss*

Abstimmungsergebnis: einstimmig

#### *Schulausschuss*

Abstimmungsergebnis: einstimmig

#### 4. Anfragen und Anregungen

Es gibt weder Anfragen noch Anregungen.

*Ende der Sitzung: 16:59 Uhr*

---

Dieter Fühner  
Ausschussvorsitzender Jugendhilfeausschuss

---

Stefan Gude  
Ausschussvorsitzender Schulausschuss

---

Andrea Atrott  
Schriftführerin